

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

9.6.1927 (No. 132)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postbevollmächtigter: Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. A. Mend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— M., einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Sonntags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### \* Koalitionspolitik aussen und innen

VI.

Wir haben in unserem gestrigen Leitartikel bereits kurz die Tatsache gewürdigt, daß sich der sozialdemokratische Parteitag in Kiel mit erdrückender Mehrheit für die Auffassung ausgesprochen hat, daß die Frage, ob Koalition oder Opposition, eine taktische Frage sei, und daß es nicht angehe, die Partei durch bestimmte Formeln ein für allemal festzulegen. In der Tat hatte die oppositionelle Minderheit des Parteitages versucht, eine Resolution durchzudrücken, welche die Partei unter Ablehnung jeglicher Koalitionspolitik auf das Prinzip der Opposition festgelegt hätte. Man hat sich recht eingehend über diese Streitfrage auf dem Parteitag unterhalten. Schon in der Debatte zeigt sich, daß die große Mehrheit eine Bindung der Fraktionen durch Parteitagebeschlüsse nicht wünscht.

Die oppositionelle Minderheit hat ihre Forderung damit begründet, daß es der Sozialdemokratie nur in der Oppositionsstellung gelingen könne, durch einen großen Wahlerfolg die politische Macht zu erringen. Eine Teilnahme an der Regierung und Verwaltung sei im Augenblick auch deshalb nicht nötig, weil die Republik feststehe. Dieser Meinung sind die Redner der Mehrheit mit Nachdruck entgegengetreten. Sie haben betont, daß wohl an einen gewalttätigen Umsturz nicht zu denken sei, daß aber die politische und soziale Reaktion unter Führung der Deutschnationalen Volkspartei zur Zeit in einer sehr gefährlichen Weise verlaufe, „durch Ausnützung der Regierungsmacht die alte Herrschaft von Großgrundbesitz und Großkapital wiederherzustellen“. Dieser Versuch müsse die Sozialdemokratie entgegenwirken. Das könne aber nicht geschehen durch ständige Opposition, sondern viel eher dadurch, daß die Sozialdemokratie selber an der Regierung und Verwaltung teilnimmt, wo nur immer die Voraussetzungen für eine solche Teilnahme gegeben sind.

In seinem Kommentar zum sozialdemokratischen Parteitag hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schöpflin im „Volkstfreund“ vom 30. Mai gesagt:

„Die Oppositionsstellung mag der Partei unter bestimmten Verhältnissen und vorübergehend agitatorische Vorteile bringen, wirkliche Erfolge sind aber nur in aktiver Mitarbeit im Staate und durch die Beteiligung an der Staatsmacht zu erzielen. Nicht die monarchistische Gefahr ist die nächste und gefährlichste, sondern die faschistische. Der siegende Faschismus kann in einer Republik unter Umständen gegen das Proletariat viel schlimmer haufen als in einer Monarchie. Die bewußte und gewollte grundsätzliche Opposition einer so großen Partei, wie die Sozialdemokratie, würde zum festen Zusammenschluß aller anderen Parteien führen. Das Resultat wäre die Diktatur. Aber nicht die des Proletariats. Im Reich wird die Sozialdemokratie bis zu den Neuwahlen im Dezember 1928 in der Opposition bleiben und bleiben müssen. Es herrsche Einmütigkeit auf dem Parteitag, daß alle Kräfte angepannt werden müssen, um agitatorisch aus dieser Situation herauszuholen, was nur möglich ist. Da die Partei in einer schätzbaren Aufwärtsebewegung sich befindet und die Verhandlungen wie die Beschlüsse des Kieler Parteitages diese Entwicklung sicher fördern werden, kann die Sozialdemokratie mit guter Zuversicht kommenden Wahlen entgegensehen.“

In diesen Zeilen wird die Politik der Sozialdemokratie, wie sie nun auch vom Parteitag für die nächste Zeit bestimmt worden ist, recht treffend charakterisiert. Sehr bedeutsam ist vor allem die Erkenntnis, daß der siegende Faschismus dem Proletariat in einer Republik unter Umständen viel gefährlicher werden könne, als in einer Monarchie, und daß die bewußte und gewollte grundsätzliche Opposition der Sozialdemokratie zum festen Zusammenschluß aller anderen Parteien führen könnte. Trotzdem wird — auch nach den Darlegungen Schöpflins — die Sozialdemokratie im Reich bis zu den Reichstags-Neuwahlen, also noch 1½ Jahre, in der Opposition bleiben. Und man will diese 1½ Jahre agitatorisch ausnützen, um bei den Wahlen recht große Erfolge zu erringen.

Die Frage, ob die Befürchtung, daß sich alle anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen, nicht auch in diesen 1½ Jahren gerechtfertigt werden könnte, ist von dem Reichstagsabgeordneten Schöpflin nicht aufgeworfen und demgemäß auch nicht beantwortet worden. Aber offenbar rechnen die führenden Taktiker der Sozialdemokratie damit, daß diese kritischen 1½ Jahre ohne besondere Gefahren vorübergehen werden. Solange die Sozialdemokratie in Preußen in der Regierung sitzt, wird diese Rechnung wohl auch stimmen. Und richtig ist ja auch die andere Überzeugung, daß das Zentrum und

die Demokraten wohl kaum eine Politik mitmachen werden, welche die Sozialdemokratie gegen ihren Willen in die Opposition treibt.

### Zum Warschauer Attentat

Russische Beschuldigungen gegen England

In einem Kommuniqué der Sowjetregierung wird die Ermordung Wotjows in Warschau als ein Glied in einer Kette von Ereignissen bezeichnet, die in ihrer Gesamtheit eine immer stärkere Bedrohung des Friedens bedeuten. Die Sowjetregierung halte es deshalb für notwendig, nunmehr eine Reihe anderer Tatsachen bekanntzugeben, die die Arbeit der englischen Regierung und ihrer untergeordneten Organe auf dem Territorium der Sowjetregierung, wie das Kommuniqué erklärt, zur Genüge kennzeichnen. Das Kommuniqué teilt dann mit, daß im Jahre 1925 ein angeblicher Kaufmann Steinberg beim illegalen Überschreiten der finnischen Grenze verhaftet worden sei und erklärte, in Wirklichkeit der dem englischen Geheimdienst angehörende englische Hauptmann Miles zu sein. Seinen Aussagen zufolge sei er vom Schatzkanzler Churchill persönlich mit Instruktionen zur Organisierung von Attentaten und Aufständen in Sowjetrußland versehen worden. Das Kommuniqué zählt dann eine Reihe von Attentatsversuchen ehemaliger Mitglieder der Armeeen Bekjaras, Kollschals und Denikins auf, als deren Opfer der Vorsitzende des Zentralerekutivkomitees, Petrowski, der Vorsitzende des Rates der Volkskommisare der Ukraine, Tschubar und ferner u. a. Wucharin in Aussicht genommen waren. Insbesondere soll eine am 10. Mai verhaftete Gruppe früherer Kollschal-Offiziere, die Sprengstofflaborant im Kremlin und im Großen Theater plante, mit dem Leiter der Konsulatsabteilung der englischen Mission in Moskau, White, in unmittelbarer Verbindung gestanden haben.

Die Ermordung Wotjows hat in der Sowjetunion eine allgemeine Erregung hervorgerufen. Zahlreiche Protestversammlungen und Kundgebungen fanden statt. In Moskau nahmen an den Demonstrationen mehrere hunderttausend Personen teil. Die angenommenen Resolutionen heben hervor, daß die Ermordung Wotjows in engem Zusammenhang mit der sowjetfeindlichen Politik Englands stehe und weisen darauf hin, daß die polnische Regierung die Verantwortung für den Mord trage. Sie verlangen strenge Bestrafung des Mörders und die Liquidierung der weißgardistischen Organisationen in Polen.

Aus Rußland kommen Meldungen über antikommunistische Anschläge.

In die Mitgliederversammlung eines kommunistischen Diskussionsklubs in Leningrad warfen zwei unbekannte Täter Bomben; durch die Explosion wurden Gebäudeteile angegriffen und 20 Personen schwer, einige leichter verletzt. Die Attentäter konnten entkommen.

Am Dienstagabend verunglückte bei Winsk eine Drähtzahn, auf welcher der stellvertretende Beauftragte der G.R.U. des weißrussischen Militärbezirks, Dpanski, einen der Spionageverdächtigen Offizier namens Jani transportierte. Dpanski und der Führer der Drähtzahn wurden getötet, zwei Begleiter Dpanski schwer verwundet. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden, ob es sich um einen kontrerevolutionären Anschlag handelt.

### Die polnische Antwort

W.D. Warschau, 9. Juni (Tel.). Das poln. Außenministerium hat während des gestrigen Tages an der Antwort auf die russische Note, die wegen der Ermordung des Gesandten Wotjow an Polen gerichtet worden ist, gearbeitet. Die polnische Note wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages in Moskau übergeben werden. Wie die Warschauer Presse erfährt, ist die Note in ruhigem Tone gehalten. Sie weist die Vorwürfe zurück, die in der russischen Note enthalten sind. Insbesondere wird der Passus widerlegt, wo die russische Note von einer Verantwortung der polnischen Regierung für den Anschlag spricht. „Jurijer Porann“ erinnert daran, daß gerade Polen seinerzeit auf russischen Wunsch Massenauweisungen russischer Emigrantenführer vorgenommen habe.

Die bisherige Voruntersuchung hat, wie aus Warschau gemeldet wird, noch nicht viel Material zutage gefördert. Aus Warschau wird berichtet, daß die dortige Polizei angeblich eine terroristische, monarchistische russische Organisation aufgedeckt habe, an deren Spitze ein gewisser Jacowlew stehe, der verhaftet worden sei. Angeblich hat auch Kowarda dieser Organisation angehört.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Die deutsche Wirtschaftsdelegation, die unter dem Vorherrsche des Ministerialdirektors Dr. Boffe steht, ist nach zweimonatiger Abwesenheit wieder in Paris eingetroffen. Die erste Fühlungnahme mit der französischen Wirtschaftsdelegation, der auch diesmal wieder Ministerialdirektor Ferruz vorsteht, wird voraussichtlich heute erfolgen. Es wird allgemein angenommen, daß die französische Delegation bei Wiederaufnahme der Verhandlungen die Frage der Verlängerung des am 30. Juni d. J. ablaufenden Handelsprotokoll anregen wird.

Der österreichische Nationalrat nahm am Mittwoch einen großdeutschen Antrag an, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, mit dem Deutschen Reich in Verhandlungen einzutreten, damit die Erwerbung der Staatsbürgerschaft den Angehörigen der beiden Staaten im gegenseitigen Einvernehmen möglichst erleichtert werde. Weiter wurde vom Nationalrat die Genehmigung zum Eintritt Österreichs in den Völkerbund zu dem keine Zulassung am 16. Dezember 1920 ausgesprochen wurde, erteilt.

### Die badische Wahlrechtsvorlage nach der 2. Lesung

Von A. Weismann, M. d. L.

Das freie Wahlrecht bedingt zugleich höchste Wahler-einfachung! Wenn die vom Verfassungsausschuß in voriger Woche von der Mehrheit seiner Mitglieder beschlossene neue Wahlordnung für den Landtag auch mancherlei Anfechtung erfuhr, wenn die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten sie glatt ablehnten und die Deutschnationalen und die Demokraten — vorbehaltlich der Beschlüsse ihrer Fraktionen — sich der Stimme enthielten, wenn dafür nur die zwei großen Parteien, das Zentrum und die Sozialdemokratie, stimmten, so muß doch der Vorlage das Zeugnis größter Einfachheit beim Wählen und rascher Berechnungsmöglichkeit für die auf die einzelnen Parteien entfallenden Abgeordnetensitze ausgestellt werden. Das ist notwendig und nützlich! Man erinnere sich nur der vielen ungültigen Stimmen bei den letzten Gemeindevahlen im November v. J., als zugleich auch zum Kreis- und Bezirksrat gewählt wurde.

Die beschlossene Wahlrechtsvorlage erfüllt ferner den erstrebten Zweck, die kleinen und kleinsten Splitterparteien, die zahlreichen Interessenten-Gruppen und Zufalls-Bereinigungen möglichst vom Landtag fern zu halten, denn nur solche Parteien oder Gruppen können bei den künftigen Landtagswahlen gültige Wahlvorschläge einreichen, auf welche bei der vorübergehenden Landtagswahl im ganzen Lande mindestens 30 000 Stimmen abgegeben worden sind. Es wird dann nicht wieder vorkommen, wie es bei den Oktoberwahlen von 1925 der Fall war, daß volle 22 Wahlvorschläge beim badischen Landes-Wahlleiter eingingen. Diese Fernhaltung der Wahlgruppen und Grüppchen bedeutet zweifellos eine Reinigung unseres öffentlichen Lebens und eine Stärkung der eigentlichen politischen Parteien. Daß dies bei der Neigung vieler Deutscher, sich auch bei Wahlen möglichst viele Extratänze zu leisten und das Gesamtinteresse an politischen Fragen außer acht zu lassen, nicht überflüssig ist, bedarf wohl kaum eines besonderen Nachweises.

Die Mehrheitsparteien haben eben um der Einfachheit des Wählens willen alle Anträge auf Bildung von Wahlkreisverbänden (Deutsche Volkspartei), Beibehaltung der Landesliste (Deutschnationalen) und Aufstellung von Kandidaten in mehreren Wahlkreisen, sowie Zusammenzählung der Stimmen für diese Kandidaten (Demokraten) abgelehnt und die Regierungsvorlage nach Einfügung des Passus über die Splitterparteien mit einigen redaktionellen Ergänzungsbestimmungen entschlossen angenommen. Es konnte der Vorlage keine Tendenz-macherei und keine Zuschneidung auf bestimmte Parteien nachgewiesen werden; man hat sie als gut ausgearbeitet und gründlich durchdacht bezeichnet.

Fassen wir ihre wesentlichen Merkmale zusammen:

1. Jeder Abgeordnete geht aus einem Wahlkreis hervor, da das Land in 22 Wahlkreise eingeteilt ist.
2. Die Landesliste fällt weg; der Schwerpunkt der Agitation und der Wahlergebnisse liegt in den Wahlkreisen.
3. Der Proporz (das Verhältniswahlsystem) bleibt, es geht also keine Stimme verloren, da restliche Stimmen denjenigen Kandidaten zugeteilt werden, welche in einem Wahlkreise keine 10 000 Stimmen erhalten haben.
4. Auf 10 000 Stimmen entfällt ein Abgeordneter; die Zahl der Abgeordneten richtet sich nach der Wahlbeteiligung; die Vorlage hat hierin eine Änderung nicht vorgenommen.
5. Parteien unter 30 000 Stimmen im ganzen Lande können Abgeordnetensitze nicht mehr erhalten (hierzu ist oben das Nötige bereits gesagt).
6. Einer Änderung der badischen Verfassung bedarf es durch die Annahme dieser Vorlage nicht.

Man wird hier vielleicht noch die eine oder andere Abänderung vermissen. Die Anregung einer Partei, das Wahlalter zu erhöhen und die Zahl der Abgeordneten herabzusetzen, hat sich nicht zu positiven Anträgen verdichtet, weshalb sich der Verfassungsausschuß mit ihr nicht zu beschäftigen brauchte. Zudem wäre dieser Anregung auch zweifellos heftige Gegnerschaft entstanden; im übrigen dürfte es kaum möglich sein, ein völlig ideales Wahlrecht zu erfinden.

Auch die Bedenken, welche der Verband bad. Frauenorganisationen und der Verein für Frauenbildung und Frauenstudium gegen die Vorlage erhob, sind nicht ge-

eignet gewesen, der Regierungsvorlage eine andere Form zu geben. Wenn die Frauen-Kandidaten eben nicht selbständig als erste Kandidaten in einem Wahlkreis auftreten können, so besteht immerhin die Möglichkeit, sie als zweite oder dritte Bewerberinnen in Wahlkreisen wie Karlsruhe, Mannheim, Freiburg usw. aufzustellen. Frauen sollen also nach wie vor Mitglieder des badischen Landtages sein und werden. Der Verfassungsausschuß wußte doch sehr wohl, daß unter den badischen Wahlberechtigten sich 55 Proz. Frauen und Mädchen befinden.

Wie gestaltet sich nun nach den Oktoberwahlen von 1925 das neue Wahlrecht für die einzelnen Parteien, wenn man deren Abgeordnete auf die 22 Kreise umlegt? Danach würden erhalten:

Das Zentrum in 7 Kreisen	2 Abg.
das Zentrum in 14 Kreisen (in einem Kreise [Pforzheim] würde es ausfallen.)	1 Abg.
die Sozialdemokraten erhalten in einem Kreis	3 Abg.
die Sozialdemokraten erhalten in einem anderen Kreis	2 Abg.
die Sozialdemokraten erhalten in 11 Kreisen (in 9 Kreisen fallen sie aus)	1 Abg.
die Deutschnationalen erhalten in 9 Kreisen (ohne Hausbesitzer)	1 Abg.
die Deutsche Volkspartei erhält in einem Kreis	2 Abg.
die Deutsche Volkspartei erhält in 5 Kreisen	1 Abg.
die Demokraten erhalten in 6 Kreisen	1 Abg.
die Kommunisten erhalten in 4 Kreisen	1 Abg.
die Hausbesitzer erhalten in 2 Kreisen	1 Abg.

Die vorstehenden Zahlen werden sich steigern, da bei der nächsten Landtagswahl sicher die Wahlbeteiligung über die 54 Proz. des Jahres 1925 hinausgeht, wie denn überhaupt gerade die neue Wahlvorlage die bewußte Absicht verfolgt, die Anteilnahme des Volkes an den öffentlichen Wahlen unbedingt zu erhöhen. Eine entsprechende Schlussfolgerung lassen vielleicht schon die im nächsten Jahre fälligen Reichstagswahlen zu.

Der Verfassungsausschuß hat nun die Vorlage in 1. und 2. Lesung beraten und beschlußreif für das Plenum gemacht; es ist nicht wahrscheinlich, daß an ihr noch wesentliche Änderungen vollzogen werden. Die nächsten in zwei Jahren stattfindenden Landtagswahlen finden dann unter diesem verbesserten Wahlrecht statt. Wie es sich behauptet und ob die angestrebten Ziele erreicht werden, dies kann nur seine Anwendung bezeugen. In jedem Falle kann später das Parlament, kann der badische Landtag jederzeit die notwendigen Korrekturen eintreten lassen. Und deshalb ist die jetzige Arbeit des Verfassungsausschusses keineswegs umsonst geleistet worden; sie bereitet einer Wahlreform freie Bahn, die früher oder später doch vorgenommen werden mußte.

## Politische Neuigkeiten

### Ministerrat über Genf

WTB. Berlin, 9. Juni. (Tel.) Für heute nachmittag hat der Reichskanzler zu einer Ministerbesprechung eingeladen. In der auf Wunsch des Reichsaußenministers Dr. Stresemann die letzten Vorbereitungen für die Genfer Ratstagung getroffen werden sollen. Nach der „B. Z.“ am Mittag hat der Minister mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage davon abgesehen, das Reichskabinett um besondere Instruktionen für Genf zu ersuchen. Falls solche Instruktionen notwendig werden sollten, soll das Kabinett während der Genfer Tage sich damit beschäftigen und entsprechende Entschlüsse fassen.

### Zur Unterredung Stresemanns mit Tschitscherin

Zu einer Behauptung der Karlsruher „Badischen Presse“, wonach Tschitscherin während der Unterredung in Baden-Baden bedeutet worden sei, daß sein Besuch gerade in diesem Zeitpunkt nicht angenehm gewesen wäre, teilt die „D. Z.“ auf Grund von Erkundigungen an zuständige Stelle mit, daß die Unterredung Stresemanns mit Tschitscherin auf Wunsch des Reichsaußenministers in Baden-Baden stattgefunden hat, da zu befürchten war, daß nach der Rückreise des Ministers nach Berlin die bereits getroffenen Dispositionen eine Unterredung mit Tschitscherin nicht mehr möglich gemacht hätten. Die Annahme des badischen Blattes, daß sich der Reichsaußenminister im obenangeführten Sinne gegenüber Tschitscherin in Baden-Baden geäußert habe, sei daher völlig grundlos.

Angeichts der in mehreren Blättern aufgetauchten Mitteilungen, der russische Volkskommissar für Äußeres, Tschitscherin, habe in seiner Unterredung mit Stresemann sich dahin geäußert, der Warschauer Mord werde jedenfalls zu einer Prüfung der Verhältnisse zwischen Polen und der Sowjet-Union beitragen, wird WTB. von maßgebender russischer Seite um die Feststellung ersucht, daß Tschitscherin keinerlei Äußerungen bezüglich der möglichen Ergebnisse der Unterredung und der Folgen des Warschauer Mordes getan hat.

### Der neue Präsident der Saarkommission

Das Generalsekretariat des Völkerbundes gibt amtlich bekannt, daß der Engländer Sir Ernest Wilson von dem derzeitigen Vizepräsidenten Dr. Stresemann nach Verständigung mit den übrigen Ratsmitgliedern und im Auftrage des Berichterstatters Scialoja zum Mitglied und Präsidenten der Saarkommission ernannt worden ist. Sein Mandat läuft bis zum 31. März 1928. Der neue Präsident war früher britischer Generalkonsul, 1919 britischer Kommissar der internationalen Kommission von Teschen in Böhmen, 1920 Kommissar in Litauen und 1920/21 britischer Gesandter in Estland und Lettland.

Vorlagen an den Reichstag. Im Reichsfinanzministerium sind zwei wichtige Regierungsvorlagen fertiggestellt worden. Es handelt sich um das sogenannte Liquidationsrückengesetz, das die Auslandsdeutschen für die durch Beschlagnahme und Liquidation erlittenen Verluste entschädigen soll. Die Geschädigten sollen Reichsschuldverschreibungen erhalten, die unter gewissen Bedingungen lombardiert werden können. Die zweite Vorlage enthält das Versorgungsgesetz für politische Beamte und regelt die Pensionsansprüche parlamentarischer Minister und sonstiger politischer Persönlichkeiten, die auf kürzere oder längere Zeit in hohe Beamtenstellen berufen werden.

## 22. Deutscher Geographentag in Karlsruhe

Der Donnerstag Vormittag war, wie geplant, der Schulgeographie gewidmet.

Zunächst sprach Oberregierungsrat Walter über das Thema „Der Schulgeograph als Heimatforscher“. Er betonte den hohen Wert der heimatischen Betrachtung bei gereiften Schülern, um sie zur kritischen Heimatforschungsarbeit anzuleiten. Der Lehrer müsse natürlich selbst ein gründlicher Kenner der Heimat sein auf Grund eigener Forschungsarbeit, auf deren Wesen und Mittel der Vortragende dann näher einging. Das Wirken in solcher Richtung sei für Lehrer und Schüler von größter Bedeutung und wecke Sinn und Verständnis, Liebe und Treue für die Heimat.

Die Besiedelung des nordöstlichen Schwarzwaldes bildete den Gegenstand eines Vortrages von Studentrat Knübler, Nagold. Das Klima des Schwarzwaldes ist ein ausgeprägtes ozeanisches Mittelgebirgsklima mit reichen Niederschlägen und geringer Jahreschwankung. Es herrschen die mageren Böden des Buntsandsteins und Grundgebirges und dementsprechend Roggen- und Wiesensbau. Gewerbe und Industrie haben sich besonders in den Tälern der Nagold, Enz, Alb und Murg niedergelassen und nützen dort die Wasserkraft und Eisenbahnanlagen aus. Pforzheim ist mit seiner ausgedehnten Schmelzwarenindustrie die 1927 über 27 000 Arbeiter und Arbeiterinnen und 7500 Angestellte beschäftigte, der größte Industriemittelpunkt des nordöstlichen Schwarzwaldes. Ein Charakterzug des nordöstlichen Schwarzwaldes sind die vielen, aber nicht mehr rein erhaltenen sogenannten Waldhufendörfer. Im Enz- und Murgtal sind die Tagelöhnerhütten verbreitet. Um die Studien zu fördern, wäre es dringend nötig, wenn alle Länder, unterstützt vom Reich, die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung nach Gemeinden veröffentlichen würden. Der Redner äußerte sich zum Schluß über die Auswertung der siedlungsgeographischen Forschung für die Schule.

Dr. Wilhelm Pfeiler, Direktor des Vaterländischen Museums in Hannover, entwickelte neue Ziele der deutschen Volksschule und betonte ihre Bedeutung für die deutsche Schule. Unterstützt von ausgezeichneten Lichtbildern zeigte er den Wert der volkstümlichen Arbeit für die Erkenntnis von Heimat und Volkstum und die Belebung der Heimatliebe. Der Redner trat nachdrücklich für eine großzügige planmäßige Erforschung des deutschen Volkstums nach geographischen Gesichtspunkten ein. Es gelte unter Heranziehung der stammeskundlichen Grundlagen die wichtigsten der jetzt zu beobachtenden sachlichen und geistigen Äußerungen deutschen Volkstums kartographisch festzulegen. Der Anfang sei für Niedersachsen gemacht. Ein das ganze deutsche Sprachgebiet umfassender volkstümlicher Atlas werde, wenn verwirklicht, ein Denkmal sein des unerlöschlichen Reichstums deutscher Kultur.

In der folgenden Aussprache wurden die Anregungen Dr. Pfeilers lebhaft unterstützt.

Dann nahm Landesdirektor Dr. Schwarz aus Lübeck das Wort, um sich über die Anwendung der Statistik im Erdkundeunterricht zu äußern. Die statistische Tabelle, so führte er aus, sei ein geographisches Anschauungsmittel, das in der Wissenschaft gleichberechtigt neben der Karte stehe, aber auch im Unterricht ihre wichtige Aufgabe habe. An einzelnen Beispielen zeigte der Vortragende, welche Gebiete des Erdkundeunterrichts der zahlenmäßigen Darstellung besonders zugänglich sind und in welcher Form sie der Unterricht verwenden kann.

## Die österreichische Landwirtschaft für die Zollunion mit Deutschland

Im „Neuen Grazer Tagblatt“ gibt der Vizekanzler und Minister des Inneren Bartek eine Erklärung über die Wünsche und Ziele der österreichischen Landwirtschaft und sagt, seine Partei, der Landbund, sehe keineswegs in Schützengassen das Wichtigste für die Landwirtschaft. „Eine dauernde Befriedigung der österreichischen landwirtschaftlichen Verhältnisse erwarten wir nur allerdings von der ebenen Eingliederung Österreichs in ein größeres Wirtschaftsgebiet, das in diesem Falle nur Deutschland sein könnte. Der Landbund strebt daher zunächst die Zollunion mit dem Deutschen Reich an. Da hier aber noch sehr große Vorbereitungsarbeiten zu leisten sein werden, können wir die Zwischenzeit nicht verstreichen lassen, ohne wenigstens die notwendigen Gesetzesmaßnahmen, soweit sie auf handelspolitischem Gebiete liegen, in Angriff zu nehmen.“

## Gesundheitsförderung im Lebensmittelhandel

Dem Reichstage wird in nächster Zeit der Entwurf eines neuen Lebensmittelgesetzes vorgelegt werden, nachdem dieser von dem Ausschuss beraten und angenommen worden ist. Es handelt sich freilich auch hier um ein Rahmengesetz, innerhalb dessen die künftig zu erlassenden Verbote und Beschränkungen auf dem Gebiete der Herstellung und des Verkehrs von Lebensmitteln oder anderen Verbrauchsgegenständen sich bewegen werden. Von wesentlicher Bedeutung ist, daß bei dem Entwurf derartiger Verordnungen zum Zwecke der hygienischen Gestaltung des Verkehrs mit Lebensmitteln in Zukunft der Reichsgesundheitsrat gehört werden soll. Außerdem sollen Sachverständige aus den Kreisen der Produzenten, des Handels, der Verbraucher und der Wissenschaft befragt werden. Die Auswahl dieser Sachverständigen soll im Einvernehmen mit den amtlichen Berufsvertretungen und Berufsverbänden erfolgen.

## Die Bezüge der französischen Beamten

Die vor einigen Wochen vom französischen Finanzministerium eingesetzte Kommission zur Revision der Beamtengehälter hat ihre Arbeiten beendet und eine Gehaltskala aufgestellt, die von einem Anfangsgehalt von 6900 Franken bis zu 76 000 Franken steigt. Der Ministerpräsident und Finanzminister Poincaré hat jedoch den Forderungen des kürzlich gegründeten Kartells der öffentlichen Dienststellen auf ein Anfangsgehalt von 8500 Franken Rechnung tragen zu müssen geglaubt und ein Schreiben an den Präsidenten der Kommission gerichtet, worin er diesen ersucht, eine neue Skala mit einem Grundgehalt von 8000 Franken auszuarbeiten. Diese Gehaltserhöhung soll ab 1. Januar 1928 in Kraft treten, jedoch will die Regierung die Möglichkeit prüfen, sie rückwirkend für 1927 und vielleicht sogar ab 1. Oktober 1926 zu gestalten, soweit die budgetären Mittel dies erlauben. Ferner hat der Finanzminister die Postverwaltung aufgefordert, ebenfalls eine Kommission zur Prüfung der Gehaltserhöhung ihrer Beamten einzusetzen. Beide Kommissionen sollen ihre Arbeiten so schnell wie möglich zu Ende führen, da die Regierung beabsichtigt, Mitte Juni dem Parlament die Nachtragskredite einzureichen.

Deutschland und der Völkerbund. Auf der 6. Jahreskonferenz der Völkerbundunion von Wales sprach Staatssekretär a. D. von Rheinboldt, M. d. R., über Deutschland und den Völkerbund. Deutschland sei entschlossen, den hohen Pflichten eines Mitgliedes des Völkerbundes aufrichtig und guten Willens nachzukommen, und unbeschadet dessen bestrebt, das Werk des nationalen Wiederaufbaues zu Ende zu führen.

## Der Europaflug der Ozeanflieger

Als erste Etappe für den von Chamberlin und Levine geplanten Rundflug durch Europa ist München auszuwählen worden. Die Ozeanflieger werden Sonntag 8 Uhr vormittag Berlin verlassen. Sie werden zunächst München anfliegen und sodann den Flug nach Wien fortsetzen. Die Ankunft in Wien ist auf 17.30 Uhr festgelegt. Bei ihrem Flug wird die „Columbia“ von einer Anzahl deutscher Verkehrsflugzeuge begleitet, deren Plätze in erster Linie den Presseberichterstattern vorbehalten sind. Nach dreitägigem Aufenthalt in Wien wird die Rückkehr nach Berlin erfolgen, wo am Donnerstag, den 16. Juni, die Frauen der beiden Ozeanflieger eintreffen sollen. Der Vater Levine wird ebenfalls nach Deutschland kommen, um seinen Sohn zu begrüßen.

Zu Ehren der Flieger fand Mittwoch nachmittag beim Reichskanzler Dr. Marx ein Empfang statt an dem u. a. der Reichsaußenminister teilnahm. Nachdem der amerikanische Vizekonsul Schurman die beiden Flieger vorgestellt hatte, begrüßte ihn Reichskanzler Dr. Marx zu ihrer kühnen Fahrt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ihre überragende Leistung eine neue Brücke zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke sein möge. Außer einem Diner beim Außenminister wird heute abend 8 Uhr ein Essen beim Reichsverkehrsminister zu Ehren der Flieger stattfinden. Zum Freitag Abend hat der amerikanische Klub Einladungen ergoßen lassen. Am Samstag nachmittag werden die Flieger auf Einladung der Luftfahrt einen Ausflug in die Umgebung Berlins machen. Die Deutsche Luftfahrt hat für Freitag, den 17. Juni eine Festvorstellung im Staatlichen Schauspielhaus zu Ehren der Ozeanflieger angelehrt.

Der amerikanische Vizekonsul Schurman hat an Reichsminister Dr. Stresemann das folgende Antwortschreiben auf die Glückwünsche des Reichsaußenministers zu dem Transozeanflug gerichtet: „Darf ich bitten, meinen aufrichtigen Dank für Ihr Glückwunschkarteogramm anlässlich der Vollendung des ersten Kropfplanfluges von den Vereinigten Staaten nach Deutschland entgegenzunehmen. Die machtvolle Aufnahme die diese amerikanischen Flieger in Deutschland gefunden haben und die begeisterte Begrüßung, die diese Begrüßung in den Herzen meiner Landsleute hervorgerufen hat, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß das Hauptergebnis dieser großen Tat die Verstärkung der Bande der Freundschaft und des guten Willens ist, die glücklicherweise zwischen unseren beiden Völkern bestehen.“

## Kurze Nachrichten

Ankunft Tschitscherin in Berlin. Tschitscherin ist heute Donnerstag früh von Baden-Baden kommend in Berlin eingetroffen.

Die Räumung des Saargebietes durch die französischen Truppen, die bis zum 12. Juni beendet sein soll, ist im Gange. Ein Bataillon und eine Kompanie sind am Mittwoch nach Koblenz bzw. Saargemünd abtransportiert worden. Der Abzug der noch vorhandenen Truppen ist in Vorbereitung.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat seine Arbeiten wieder aufgenommen und die Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes fortgesetzt.

Verharmelung der deutschen Postbeamtenorganisationen. Der Reichsverband der Deutschen Post- und Telegraphenbeamten beschloß in München gegen wenige Stimmen, dem Vertragsentwurf, der die Verharmelung der Deutschen Postgewerkschaft mit dem Reichsverband vorsieht, zuzustimmen.

Tagung des katholischen Lehrerverbandes. In Berlin wurde in Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Marx und des Apostolischen Nuntius Pacelli die Tagung des katholischen Lehrerverbandes für das Deutsche Reich eröffnet.

Der serbisch-albanische Konflikt. Nach Meldungen Londoner Blätter rechnet man in dortigen diplomatischen Kreisen mit einer baldigen befriedigenden Lösung des serbisch-albanischen Konfliktes, ohne daß der Völkerbundsrat mit der Angelegenheit befaßt werden mußte.

Die Aufgaben der französischen Kammer. Nach Schluß des französischen Ministerrats am Mittwoch erklärte Kriegsminister Painlevé den Journalisten, daß die Regierung nicht beabsichtige, die Parlamentsarbeiten vor der Abstimmung über die zu der Ozeanreform gehörigen Vorlagen und die Wahlreform zu schließen.

Das Befinden des spanischen Thronfolgers. Nach einer Meldung aus Madrid soll der Gesundheitszustand des Prinzen von Asturias zu lebhaften Befürchtungen Anlaß geben. Der Prinz soll nicht gehen können. Er hegebe sich von Casa del Campo nur im Automobil, auf einer Matratze liegend, in die Residenz.

Revolutionäre Bewegung in Portugal. Sabas meldet aus Badajoz, das Gerücht laufe um, daß wieder eine revolutionäre Bewegung in Portugal ausgebrochen sei. Die Regierung habe den Truppen des Nordens Befehl erteilt, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Bahnhöfe von Coimbra und Sampaiohosa seien militärisch besetzt. Die Ordnung sei jetzt wieder hergestellt.

Tschangholins Programm. Aus Peking wird berichtet: Die Konferenz der verschiedenen militärischen Führer wird einen eiligen Waffenstillstand und eine durch ein provisorisches Kompromiß geregelte politische Lage herbeiführen. Tschangholin wünscht eine Nationalversammlung zu bilden. Er erinnerte daran, daß er sich niemals den Grundrissen Sunyatschens widersetzt habe. Er sei entschlossen, den Kampf gegen den Bolschewismus zusammen mit all denen zu führen, die sein Programm annehmen.

## Zeitschriftenschau

Königliche Illustrierte Zeitung Nr. 23. Pfingst-Ausgabe (Verlag W. Dillmann & Co.). — In besonderer Stärke und mit entsprechend reichem Inhalt erscheint die neue Ausgabe der königlichen Illustrierten Zeitung (Nr. 23). Das Pfingstfest und die beginnende Reisezeit werden in Bildern und Aufsätzen berücksichtigt. Die Beziehung zu den Pfingsttagen nimmt ein Artikel „Pfingstfahrt am Rhein“ auf, der die Freuden des Badeforts veranschaulicht; auf diese Verbindung bezieht sich auch das Titelbild. In launigen Versen zeigt Karl Hermann Franz in seinem Gedicht „Ein Weinfall zu Pfingsten“, wie es dem Liebhaber im heutigen Zeitalter des Sports ergehen kann. Die Zeichnungen dazu lieferte Willy Key. Typen aus dem Leben der Anderwelt schildert in humorvollen Texten mit Zeichnungen von F. L. Sonn's eine Abhandlung „Rund ums Bootsbaus“. Zu Beginn der Reisezeit wird ein zweifelhafte Auffass aus dem schönen Österreich interessieren, das jetzt gerade Wochenwachen vermisst, um die Schönheiten des Landes zu zeigen und den Fremdenverkehr zu heben. Es würde zu weit führen, mehr über den vielseitigen Inhalt der Nummer zu sagen. Nur ganz kurz gestreift seien der Aufsatz „Das Gesicht des Amerikaners“, der die Entstehung eines neuen einheitlichen Typus aus dem Völkergemisch Nordamerikas zeigt, sowie Bilder aus dem Volksleben Brüssels unter dem Titel „Dreuhelb lebt noch“. Hierzu kommen neben andern Bildaufnahmen noch die Modezeile, eine Novelle von Hans Müller-Schlösser, Rätsel, Lustiges und Angenehmes, sowie der Roman „Angst“.

# Badischer Teil

## Schiedsverfahren für Mängelklagen

§ 52a des Mietvertragsgesetzes in der Fassung des Reichsgesetzes vom 17. März 1927 kann die oberste Landesbehörde anordnen, daß eine Klage, mit der die Herausgabe von Wohn- oder Geschäftsräumen, die auf Grund von Vorkerungsverordnungen der Länder nicht mehr dem ersten Abschritt des Mietvertragsgesetzes unterliegen, ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt vorausgehen hat. Von dieser Ermächtigung wurde für Baden durch eine dieser Tage im Gesetz- und Verordnungsblatt zur Veröffentlichung gelangende Verordnung Gebrauch gemacht. Eine gleiche Regelung hat bereits Preußen getroffen. Diese Anordnung hat zur Folge, daß ein Termin zur mündlichen Verhandlung über eine Mängelklage durch das Gericht erst bestimmt werden darf, wenn der Vermieter eine Bescheinigung des Mieteinigungsamts darüber beibringt, daß in einem Termin, in dem der Vermieter oder ein von ihm zum Vergleichsabschluß ermächtigter Vertreter erschienen war, ein gütlicher Ausgleich zwischen den Parteien erfolglos versucht, oder daß der Mieter in dem Termin ausgeblieben ist. Ein solches Schiedsverfahren kann auch von einem Mieter beantragt werden, der eine Mängelklage beabsichtigt.

## Sachpflicht im Kraftfahrzeugverkehr

Über diese Frage besteht vielfach Unklarheit. Daher wird darauf aufmerksam gemacht, daß die verschärfte Sachpflicht des Kraftfahrzeuggesetzes gegenüber den Personen nicht gilt, die durch das Kraftfahrzeug selbst befördert werden. Diesen gegenüber haftet der Fahrzeughalter nur nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts, also in der Regel nur bei Vorsatz oder fahrlässiger Schädigung. Die Haftung für Vorsatz kann nicht im voraus ausgeschlossen werden, dagegen kann mit dem Fahrzeug vereinbart werden, daß eine Haftung für Fahrlässigkeit nicht bestehen soll. Ein einseitiger Ausschluss dieser Haftung ist nicht möglich; bringt ein Fahrzeughalter beispielsweise an seinem Kraftwagen ein Schild an, das besagt, daß jede Sachpflicht den Mitfahrenden gegenüber ausgeschlossen sei, so wird dem hiernach im allgemeinen keine rechtliche Wirksamkeit beigemessen werden können, sofern er nicht etwa den Fahrgast vor Antritt der Fahrt auf diese Ausschluss besonders hingewiesen hat, ohne Widerspruch zu finden, oder nachweisen kann, daß der Fahrgast in Kenntnis des Inhalts des Schildes ohne Vorbehalt die Fahrt angetreten hat.

## Verbotene Abzahlungsgeschäfte

In der Presse wurde von gutdünlicher Stelle schon wiederholt vor den Abzahlungsgeschäften mit Kundenzuschrift unter Hinweis auf die ersten sozialen und wirtschaftlichen Schädigungen, die mit diesen Geschäften verbunden sind, gewarnt. Derartige Abzahlungsgeschäfte, die nach dem Verbot des Schneeballen- oder Pyramidenspiels auch in Baden mehrfach betrieben wurden, werden in folgender oder ähnlicher Art vorgenommen: Die Firmen verkaufen die Waren gegen Abzahlung wobei zunächst nur eine kleine Anzahlung zu leisten ist. Für jeden Kunden, den der Käufer veranlassen kann, einen ähnlichen Vertrag abzuschließen und eine entsprechende Anzahlung zu leisten, wird ihm ein Teilbetrag der noch zu leistenden Restzahlung gutgeschrieben, so daß er bei einer bestimmten Zahl neuer, von ihm zugeführten Kunden, von weiteren Zahlungen befreit ist. Gelingt ihm die Verdringung neuer Kunden nicht, so muß er den vollen Preis des gekauften Gegenstandes nachbezahlen.

Aber diese Art von Abzahlungsgeschäften sind vor einiger Zeit oberrichtigerliche Entschreibungen ergangen, auf die neuerlich hingewiesen werden muß. Das Reichsgericht hat mit Urteil vom 17. Mai 1926 ausgesprochen, daß in einem solchen öffentlichen Anwerben eines Kaufmannes, wie es oben dargelegt ist, eine Ausbeutung nach § 286 Abs. 2 StGB liegt. Ferner hat ein Urteil des II. Zivilsenats des Reichsgerichtes vom 7. Dezember 1926 die Betätigung von Geschäften veränderter Art als verboten und sittenwidrig bezeichnet. Polizei und Gendarmerie sind angewiesen die Kennzeichen derartiger Geschäfte zur Strafverfolgung anzuzeigen.

## Wilde Schiffschiffbetriebe

Trotz verschiedener Warnungen in der Presse melden sich immer wieder junge Leute, die den Seemannsberuf ergreifen wollen, lediglich auf Annoncen in den Zeitungen hin oder auf Prospekte, die ihnen zugesandt werden, ohne sich vorher zu vergewissern, ob die Angebote ernstlich Natur sind und ob sich die erhoffte Ausbildung in Wirklichkeit durchführen läßt. So verbande in letzter Zeit wieder eine in Hamburg ansässige Firma einen gedruckten Prospekt, in dem sie sich bereit erklärte, junge Leute auf erstklassigen Seglern als Seemannsaspiranten anzustellen. Eine einjährige praktische Lehrzeit sollte 1500 M kosten — im voraus zahlbar —, wogegen vollständige Verpflegung und Ausrüstung, freie Station und ein monatliches Taschengeld von 15 M gewährt würden. Auf jedem Schiff sollten nur 2-4 Aspiranten ausgebildet werden, die eigene Unterkunftsräume hätten und getrennt von der nicht dazugehörigen Mannschaft gehalten würden.

Vor einem Eingehen auf solche und ähnliche Angebote zur Ausbildung für den Seemannsberuf wird dringend gewarnt. Von einer richtigen Ausbildung ist häufig nicht die Rede und die im voraus bezahlten 1500 M sind verloren. Allen Bewerbern, die die Schiffssoffizierlaufbahn einschlagen wollen, wird empfohlen, sich nur mit den maßgebenden und von den Behörden anerkannten Stellen in Verbindung zu setzen. Es sind dies insbesondere der Deutsche Schiffschiff-Verein in Bremen, der Verein der Deutschen Schiffschiff-Vereine in Bremen, der Verein der Deutschen Schiffschiff-Vereine in Hamburg und der Bremer Reeder-Verein in Bremen.

## Einreise nach Ungarn

Fremde Staatsangehörige können in besonders beredichtigungswürdigen, möglichst nachweisbaren Fällen (z. B. Todesfall, schwere Erkrankung, arztl. Operation, unaufschiebbare, wichtige Obliegenheiten) auch ohne das Einreisevisum der zuständigen ung. Auslandsbehörde ins Land eingelassen werden.

Der ohne Visum eingelassene fremde Staatsbürger wird durch eine von der Grenzpolizei (Sauptmannschaft der ung. Ung. Staatspolizei bzw. vom ung. Kapitanat) im Paß eingetragene Weisung verpflichtet, das Visum nachträglich bei der Passabteilung des ung. Ung. Ministeriums des Äußern (Budapest II, Jücca 1) einzubringen.

Denjenigen fremden Staatsbürgern, welche nicht nach Budapest reisen, bzw. welche durch das Land durchreisen, erteilt die einlassende Behörde das nachträgliche Visum.

Eine Abtretung begehrt und wird befristet: Wer seine Reise mit einem Durchreisevisum unterbricht; wer sich mit einem Durchreisevisum im Lande aufhält; wer, nachdem er im Sinne dieser Verordnung ohne Visum nach Ungarn eingelassen wurde, entgegen der in seinem Paß eingetragenen Weisung das Visum bei der Passabteilung des ung. Ung. Ministeriums des Äußern nicht eingeholt hat, bzw. ohne ein solches nachträglich eingeholtes Visum das Gebiet des Landes verlassen will.

## Verbandsstag der badischen Malermeister

Über die Pfingstfeiertage hatte der Badische Maler- und Lünchermeisterverband seine Mitglieder zur jährlichen Landesversammlung nach Freiburg eingeladen. Nach einer Landesauskunftung am Samstag nachmittag fand die alljährliche Landesversammlung zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten des Verbandes statt. Verbandsvorsitzender Emil Haag, Karlsruhe, begrüßte die Erschienenen. Syndikus Schmidt, Karlsruhe, erstattete den geschäftlichen Bericht. In der Aussprache wurde vor allem das öffentliche Verdingungswesen, das Lehrlingswesen, Gesellen- und Meisterprüfungen besprochen. Von allen Seiten wurde dringend gefordert, daß die neue Reichsverdingungsordnung von allen arbeitvergebenden Behörden im Reich, Staat und Gemeinde anerkannt würde. Verlangt wurde ferner, daß die Vehrzeit für das Malergewerbe von drei auf vier Jahren ausgedehnt wird.

Den Mittelpunkt der Tagung nahm der Pfingstsonntag vormittag im Kornhausaal abgehaltene Badische Malermeisterstag ein. Vorsitzender Haag begrüßte die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, Ministerialrat Prof. Dr. Hirsch, Landrat Geh. Freiburg u. a. Sodann hielt Ministerialrat Prof. Dr. Hirsch einen Vortrag über „Die Farbe im Stadtbild“. Er wendete sich gegen die Reglementierung in der Bemalung der Häuser durch eine Farbenpolizei, die in beauftragten Sachverständigen oder in Kunstkommissionen sich zeigt, und warnte vor einem Jubeltun in der Farbenfreudigkeit. Die Farbe müsse sich unter allen Umständen dem Stadtbild einordnen und dem Stil des Gebäudes Rechnung tragen. Ob man die Häuser in einem einfachen Grau oder Runt anstreiche, sei ganz von der individuellen Einstellung abhängig. Auf jeden Fall dürfen die Farben nur auf Grund genereller Pläne im Stadtbild Verwendung finden, damit ein geschnittenes Chaos vermieden wird. Nach ihm sprach der Reichsbundvorsitzende Kruse aus Berlin über die Lage des deutschen Malergewerbes. Seine Ausführungen über die Reichsverdingungsordnung gaben Ministerialrat Prof. Dr. Hirsch noch einmal Gelegenheit, sich zu dieser Frage zu äußern. Der Ministerialrat gab bekannt, daß in dieser Frage ein Beschluß des Staatsministeriums vorliegt, der demnächst bekannt gegeben werde. Diese Ankündigung wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Nach der Tagung vereinigte man sich zu einem gemeinschaftlichen Mittagessen im Festsaal des Jähringer Hofes. Dabei sprach Ministerialrat Prof. Dr. Hirsch in launiger Weise über die Farbe beim Essen und bei den Damen. Unter Anspielung auf einige junge Damen in Schwarzweißtracht betonte er unter lebhaftem Beifall, daß die schönste und wirkungsvollste Farbe des Stadtbildes die farbenreiche Tracht unserer Vorfahren sei. Seine Rede gipfelte mit einem Hoch auf ein dauerndes vertrauensvolles Arbeiten zwischen Staat und Handwerk. Die Anwesenheit eines Delegierten aus dem Saarland gab Syndikus Schöder Gelegenheit zu einem Trugauslass für die deutschen Brüder im besetzten Gebiet, deren baldige Befreiung der Wunsch aller Deutschen sei.

## Ein Heimattag im Odenwald

Der 8. Juni. Das 500 jährige Bestehen der hiesigen Partei wurde durch einen großartig verlaufenen Heimattag gefeiert. Ein gut arrangierter Festzug rief Erinnerungen aus der Geschichte Murbachs nach. Beim Festzug begrüßte Bürgermeister Eick die zahlreichen Ehrengäste, darunter den Staatspräsidenten Dr. Traut, der die Glückwünsche der Regierung überbrachte. Vom Erzbischof war ein Glückwunschkogramm eingegangen. Der Verfasser des Murbacher Heimattages, Festspiel und Feuerwerk bildeten den Abschluß des Tages. Auch die Nachbargemeinde Einbach konnte ihr 500 jähriges Jubiläum begehen. Der aus dem Dorfe stammende Freiburger Universitätsprofessor Dr. Dopp hielt beim Festgottesdienst die Predigt.

## Badische Jugendherbergen

In unentwegter, zielstrebiger Arbeit ist es den unermüdeten Schaffern am Jugendherbergsdienst gelungen, die vielen Schwierigkeiten im Ausbau des Reiches der Badischen Jugendherbergen zu überwinden und dazu noch drei schöne Eigenheime zu schaffen, die allen Jugendlichen zum Ferien- und Erholungsurlaub zur Verfügung stehen. So findet sich hoch im Schiffslopf-Gebiet, mitten in der herrlichsten Formation des mittleren Schwarzwaldes, das Söhlbergshaus, im Odenwald erfreut sich das Jugendferienheim Reichenbach eines zahlreichen Besuchs, während das neue Bodenseehaus bei Überlingen die köstliche Ruhe und Frische des schwäbischen Meeres erleben läßt. Noch aber bedeuten diese drei Eigenheime Verzüge und erste Ansätze zu einem größeren Werk, das natürlich erst im Laufe der Jahre vervollkommen werden kann. Mit der Erbauung einer neuen größeren Jugendherberge in Singen, am Fuße des Hohenwies hat sich der Bad. Jugendherbergsverband nunmehr eine neue und nächste Aufgabe gestellt. Die Errichtung dieser neuen Herberge ist deshalb dringende Notwendigkeit, weil das Hegau-Gebiet im Laufe der Sommermonate von vielen Tausenden von Jugendwanderern besucht wird und die augenblicklich zur Verfügung stehenden Räume sich als viel zu klein erweisen haben. Unter den Jugendwanderern und den Vätern der Jugendbewegung wird diese Mitteilung sicherlich mit Freude begrüßt werden, zumal der rührige Herbergsleiter in Singen allenthalben in diesen Kreisen geschätzt wird. Zunächst müssen aber erst noch die erforderlichen Mittel aufgebracht werden, und dazu soll die Bad. Jugendlotterie verhelfen, die augenblicklich zugunsten der Bad. Jugendherbergen und Jugendheime gespielt wird. Die Ziehung wird nunmehr bestimmt am 20. Juni 1927 stattfinden.

## Lohnbewegungen in Baden

Ende des Lohnstreits in den Karlsruher Güterbeförderern. Die Parteien haben sich nach einer Verhandlung vor dem Landesbeschlichter, Landrat Stehle, auf der Grundlage eines vom Landesbeschlichter ausgearbeiteten Einigungsvorschlages geeinigt.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	9. Juni		8. Juni	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.90	169.24	168.90	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	112.76	112.88	112.75	112.97
London . . . 100 £.	23.30	23.34	23.32	23.36
Paris . . . 100 F.	20.476	20.516	20.478	20.518
Reims . . . 100 F.	4.216	4.224	4.216	4.224
Brüssel . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.51	16.55
Schwien . . . 100 Kr.	81.106	81.265	81.10	81.26
Wien 100 Schilling	59.335	59.455	59.335	59.455
Prag . . . 100 Kr.	12.491	12.511	12.49	12.51

Die amtliche Großhandelsindexziffer ist im Monatsdurchschnitt Mai gegenüber dem Vormonat um 1,7 v. H. auf 137,1 gestiegen.

## Bürgerliches Gesetzbuch und Einheitskurzschrift

Die unwirksam gebliebenen Einwendungen der Gegner gegen die jetzige amtliche Schriftform der deutschen Einheitskurzschrift lassen vielleicht die Notwendigkeit erkennen, eine kurze Aufklärung über das erzwungene Kulturgut der deutschen Einheitskurzschrift zu geben und einen Vergleich heranzuziehen.

Im Jahre 1874 trat eine juristische Kommission an die schwierige Aufgabe heran, einen Entwurf für ein einheitliches bürgerliches Gesetzbuch für das deutsche Reich auszuarbeiten. 1885 waren die umfangreichen Vorbereitungen und Ausarbeitungen zu einem gewissen Abschluß gelangt, so daß der Entwurf vorgelegt werden konnte. Es war aber eine mehrmalige Umarbeitung des Werkes notwendig, bis endlich im Jahre 1896 die Möglichkeit bestand, der Vorlage Gesetzgestraft zu verleihen. Schon bald nachdem das bürgerliche Gesetzbuch (1900) in Kraft getreten war, zeigten sich aber trotz der erschöpfendsten Vorbereitungsarbeiten und Studien offensichtliche Mängel. Reformbestrebungen machten sich daher bald fast überall geltend. Trotz den vermeintlichen Fehlern und Mängeln bedeutet aber das bürgerliche Gesetzbuch einen so gewaltigen Fortschritt, daß niemand mehr in Deutschland den alten Zustand der Zersplitterung noch einmal herbeiwünscht. Fast gewurzelt lebt im deutschen Volke die Überzeugung vom großen Segen, das die Einheitlichkeit im Recht seiner Zeit zur Folge gehabt hat.

Ein ähnlicher Kampf für die deutsche Einheitskurzschrift kennen wir nun seit 20 Jahren. Die 1906 begonnenen regierungsseitig geführten ernsthaften Einigungsverhandlungen fanden erst in den späteren Nachkriegsjahren durch die Annahme des sogenannten Juli-Entwurfs 1922 einen Abschluß (zahlreiche System-Entwürfe wurden ausgearbeitet und überprüft). Eine einheitliche, friedliche Verständigung und Einigung der deutschen Staatsorgane war aber unmöglich, weshalb die Reichsregierung, die die Notwendigkeit der Schaffung einer Einheitskurzschrift auch schon wegen der großen wirtschaftlichen Vorteile für ein unbedingtes Erfordernis hielt, eintrifft. Das Jahr 1924 ist das bedeutungsvollste in der Geschichte der Stenographie in Deutschland. Durch staatliches Eingreifen ist die Einführung der jetzigen Schriftform der Einheitskurzschrift durch einstimmigen Beschluß aller deutschen Länderregierungen zur Tatsache geworden. Die Vertretung des Volkes, der Deutsche Reichstag, hat das Vorgehen der Regierungen gebilligt, und das deutsche Volk aufgefordert, für die allgemeine Einführung der Reichseinheitskurzschrift, die sich bewährt hat, nunmehr einzutreten. In einigen Jahren wird man daher genau wie es seiner Zeit bei der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches der Fall war, die Kämpfe nicht verstehen, die zum Teil heute noch nutzlos um die deutsche Einheitskurzschrift geführt werden. Wilhelm Merkle.

## Aus der Landeshauptstadt

### Naturbuch!

Geh' hinaus in die freie Natur! Geh' hinaus, und atme die reine Luft des Waldes, laß dein unfestes Auge ruhen in dem unendlichen Grün. Geh' hinaus, und nimm in deine Seele die Schönheiten der Heimat auf. Und wenn du in der Woche keine Zeit zu haben glaubst, in den Wald zu gehen, so gehe in die Anlagen, die deine Stadt für sorgfältig mitten in den Wohnbezirk gelegt hat, damit du gesund bleibst an Leib und Seele.

Sage nicht, die Anlagen seien zu klein. Du schau' ja nur mit dem Auge des Großstädtlers über die Rasenflächen. Sieh näher hin! Du wirst auf deinem täglichen Spaziergange neue Freuden bekommen. Die Blume, deren Knospe du aus frischem Grün hast sprießen sehen, wird dir gehören, auch wenn du sie nicht pflanzst. Du wirst ängstlich sein, wenn der Herbst naht und keine Blume größer und größer wird, und sie wird doch zerfallen. Du wirst die leuchtenden Blütenblätter vom Regen verfließen sehen und beschämt werden, und du wirst sinnend die weiße Decke des Schnees betrachten — das Leuchtend deiner Blume. Lerne sehen und du wirst Wunder über Wunder erleben hier in den Mauern der Stadt, wie draußen im Walde.

Aber diese Wunder sind bedroht. Unverständnis und Verflüchtigung, Gleichgültigkeit und Eigenmut beschädigen die Waldungen und Anlagen. Der Gärtner arbeitet Tag für Tag mit fröhlicher Hand und sieht am Morgen sein Werk zerstört, die Blumen zertrümmert, den Rasen zertrampelt. Der Förstmann legt Schonungen an, damit sich der Wald verjüngt. Denn die alten Bäume werden eines Tages moosig und faul sein und müssen weichen. Aber der Mensch zertritt die jungen Sämlinge, weil er nicht sehen gelernt hat und sie in ihrer Keimlichkeit nicht anerkennt. Er glaubt, es sind genug Bäume da, wo das Gestrüpp, das meinen Fuß hemmt? Bedenke, daß aus diesem dünnen Zweig mit den zehn, zwölf Blättern, ein ein schöner großer Baum wird, wenn du ihn nicht zertrümpst.

Die Natur ist dein erweitertes Heim und so wie du dich hier benimmst, wird man dich beurteilen. Dieses gilt für die Jugend genau so, wie für den Erwachsenen. Es kommt nicht auf Vorschriften und Bestimmungen an. Wenn jeder, der die Schönheiten und Bedeutung der Natur für Leib und Seele erkannt hat, sich bemüht, seine Mitmenschen über die Notwendigkeit des Naturbuches aufzuklären, selbst verbildlich in der Natur aufzutreten, dann muß es gelingen, auch ohne Strafmaßnahmen die Achtung vor der Natur zu erreichen. Auf den Gedanken der Heimatliebe und der Achtung vor der Natur baut sich der gemeinsame Naturbuch auf!

Der Pfingstverkehr bei der Reichsbahn. Trotz der wenig günstigen Witterung war der diesjährige Pfingstverkehr teilweise überaus stark und wesentlich stärker als voriges Jahr. Besonders stark setzte er ein am Samstag und Sonntag vormittag sowie am Montag nachmittag und Abend. Einige Personenzüge mußten stundenweise 3- und 4 fach gefahren werden. Im ganzen sind 237 Ergänzungszüge ausgeführt worden, gegen 193 im Vorjahre. Auch der Fernverkehr war im Vergleich zum Vorjahre recht stark, besonders in der 3. Klasse. Abgesehen von mäßigen Verspätungen einzelner Schnell- und beschleunigter Personenzüge hat sich der Verkehr glatt und reibungslos abgewickelt.

Schülerzahl der Karlsruher Höheren Schulen. Im Schuljahr 1927/28 beträgt die Schülerzahl der hiesigen Höheren Schulen 4187 (im Vorjahre 4376), davon Mädchen 1637 (1664).

Badisches Landestheater. In dem Schauspiel „Nora oder Ein Puppenheim“ von Henrik Ibsen, das anlässlich des Gastspiels von Albert und Elise Bahermann als „Helmers“ und „Nora“ am Donnerstag, den 9. Juni neueinstudiert in Szene geht, sind noch Fräulein Wödel als „Frau Linden“, Herr Gemmecke als „Günther“ und Herr von der Trend, der auch die Regie führt, als „Dr. Rank“ hier neu in ihren Rollen. Eine Wiederholung der Aufführung in dieser Spielzeit findet nicht statt.

**Angestelltenversammlung im 11. und 12. Juni 1927 in Karlsruhe.**  
Für den Gau Baden, Pfalz und Saargebiet hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten in diesem Jahre eine größere Versammlung nach der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe einberufen. Die Arbeitszeitfrage, die Lehrlingsausbildung, aber auch die wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands und ähnliche interessante Gegenwartsfragen werden die Versammlung sehr lebhaft beschäftigen. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen steht eine große öffentliche Angestellten-Versammlung am Sonntag, den 12. Juni, vormittags 11 Uhr, bei welcher das Bundesvorstandsmitglied Heinrich Thal, Berlin, in Gegenwart der geladenen Vertreter der Behörden ein großes Referat hält „Was erwarten wir Angestellte von der Nationalisierung“.

**Wetternachrichtendienst der Bad. Landesweiterwart Karlsruhe.** Baden hatte gestern zeitweilig heiteres Wetter. Tagsüber fiel vorübergehend Regen. Im Südschwarzwald kam es stellenweise auch zu Gewitterbildung. Wir befinden uns augenblicklich noch im Bereiche der aus dem Teufelsberg des Alpenvorlandes abströmenden Luft und haben daher vielfach heiteres Wetter. Es ist jedoch wieder mit allmählichem Übergreifen der Westströmung auch auf unser Land zu rechnen. Voraussichtl. Witterung für 10. Juni: Nordbaden zunehmend wolfig und einzelne Strichregen bei aufsteigenden Westwinden; Südbaden noch ziemlich heiter und mäßig warm.

**Gemeinde-Rundschau**

**Erweiterung des Karlsruher Schlacht- und Viehhofes.** Der Stadtrat Karlsruhe genehmigte ein Projekt für Vergrößerung und Verbesserung der Anlagen des städt. Schlacht- und Viehhofes. In nächster Zeit sollen hierauf zur Ausführung gelangen der Neubau einer Schweinemarkthalle, die Verbesserung der Großviehmarkthalle, die Erweiterung der Kalbalmwäsche und die Vergrößerung des zum Viehhof gehörenden Portichauses. Außerdem soll die frühere Lymphanstalt für Vieztweide eingerichtet werden.

**Das Mannheimer Ausstellungsprojekt genehmigt.** Der Bürgerausschuß Mannheim beschloß am Mittwoch, im Jahre 1929 eine Elektrizitätsausstellung mit einem Kostenaufwand von 2,8 Millionen im Luisenpark zu veranstalten. Sämtliche Fraktionen, mit Ausnahme der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Kommunisten und der Christlich-Sozialen stimmten dem Projekt des Stuttgarter Architekten Bonah, der in der Sitzung selbst anwesend war, zu, nachdem sich zuerst großer Widerstand gegenüber diesem Projekt bemerkbar gemacht hatte, so daß dieser Punkt von der Tagesordnung der letzten Sitzung des Bürgerausschusses schließlich abgesetzt werden mußte.

**Energisches Vorgehen gegen Milchfälschung.** Der Freiburger Milchhof sowie die übrigen in Freiburg konzessionierten Milchhandlungen sind übereingekommen, zukünftig jeden Landwirt, der wegen vorsätzlicher Milchfälschung bestraft wird, auf die Dauer von zwei Monaten von jeglicher Milchlieferung nach Freiburg auszuschließen. Im Falle einer wiederholten Bestrafung darf eine Milchlieferung nach Freiburg überhaupt nicht mehr erfolgen.

**Zur internationalen Musik-Ausstellung in Frankfurt a. M.** Anlässlich der kath. Kirchenmusik-Woche, die in Frankfurt a. M. vom 18. bis 26. Juni d. J. stattfindet, werden in dem am Sonntag, den 20. Juni, abends 8 Uhr stattfindenden Konzert durch den Münchener Domchor die a capella-Ghären „Unserer lieben Frau“ von Franz Schütz und die „Deutsche Wesper“ von Josef Haas aufgeführt.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**DB. Baden-Baden, 8. Juni.** Gestern abend 10 Uhr ist Altkabrat Karl Federle infolge Herzschlages aus dem Leben geschieden.

**DB. Freiburg, 8. Juni.** In der letzten Sitzung der Freiburger Handelskammer wurde über die verschiedenen Bahnprojekte gesprochen. Als Ergebnis der Besprechungen kann festgestellt werden, daß die Handelskammer die Herstellung einer direkten Bahnverbindung zwischen Freiburg und dem Wiesental für ein unbedingtes Erfordernis hält, daß sie aber andererseits auch der Erstellung der Schauinslandbahn keine Schwierigkeiten bereiten könne.

**DB. Freiburg i. Br., 8. Juni.** Das Flugzeug der Strecke Freiburg-Stuttgart wurde gestern neben zwei Freiburger Herren auch von drei Damen zum Fluge nach Stuttgart benutzt, und zwar von Großmutter, Mutter und Kind. Letzteres ist drei Monate alt und hat gleich seiner Mutter und Großmutter die Fahrt, die bis nach München fortgesetzt wurde, gut überstanden.

**DB. Freiburg i. Br., 8. Juni.** Der bekannte Novellist und Romanschriftsteller Max Billich, seit mehr als dreißig Jahren Hauptschriftleiter der „Freiburger Zeitung“, wird am 17. Juni d. J. fünfzig Jahre alt. Zunächst hat er sich einen Namen gemacht durch seine humorvollen und gemühtiefen „Spreewaldgeschichten“, denen im Laufe der Jahre mehrere Romane folgten. Erst vor kurzem gelangte sein neuester Roman „Reifendes Korn“ in der „Münchener Zeitung“ zum Ausdruck. Vielleicht steht aber der Verfasser Billich noch höher als der Erzähler. Es sei hier nur an seine Dichtung „Der Sünder, Weichte einer großen Liebe“ erinnert.

**DB. Ruggen, 8. Juni.** An den Folgen eines Herzschlages ist hier Altkabratmeister Pfunder gestorben, der 29 Jahre hindurch in seiner Gemeinde das Bürgermeisteramt versehen hatte. Er war auch langjähriges Mitglied der Kreisversammlung Lörrach.

**Heilbronn, 8. Juni.** Hier ist der sozialdemokratische Abgeordnete Hornung von einem Auto überfahren und getötet worden. Sein zweijähriges Enkelkind wurde lebensgefährlich verletzt.

**Verschiedenes**

**Ein Wolkenkratzer von 110 Stockwerken.**  
Die Neuhauser Baupolizei hat die Pläne für die Errichtung des neuen Wolkenkratzers „Carlin Tower“ genehmigt. Das Gebäude, das in der Nähe des Times-Square errichtet werden soll, wird mit seinen 110 Etagen und rund 360 Meter Höhe das höchste Gebäude der Welt darstellen.

**Bücheranzeige**

In der Maltschischen Druckerei und Verlag A.-G. erscheint: Das badische Irrenfürsorgegesetz mit Vollzugsverordnung. Zugabe mit Einleitung, Anmerkungen und Erläuterungen auf Grund verwaltungsgerichtlicher Urteile und ministerieller Entscheidungen von Ludwig Holtermann, Verwaltungsinспекtor an der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz. Das Buch ist die erste erläuterte Ausgabe des badischen Irrenfürsorgegesetzes und der Vollzugsverordnung. Die Sonderausgabe dürfte allen Behörden, Korporationen, Anstalten, Krankenhäusern und Ärzten, die mit der Versorgung Geisteskranker und Geistes-schwacher befaßt sind, ein willkommenes Nachschlagewerk sein. Für außerbadische Psychiater und weitere interessierte Kreise wird das Buch, das manch Wissenswertes für den praktischen Betrieb jeder Irrenanstalt enthält, im Hinblick auf die akute Frage der Irrengesetzgebung in anderen Bundesstaaten besonderen Wert haben und außerdem für jede Anstaltsbibliothek einen beachtenswerten Beitrag zu der Literatur über Irrenrecht bilden. Der Preis des in Leinen gebundenen Buches ist 3.50 RM.

**Staatsanzeiger**

Das ärztliche Ehrengericht in Mannheim.  
Nach Anhörung der Badischen Ärztekammer wird Regierungsrat Dr. Compter zum rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts Mannheim ernannt.  
Karlsruhe, den 7. Juni 1927.  
Der Minister des Innern  
Kempfle

Der Beirat des Badischen Landesjugendamts.  
Regierungsrat Walter Klein in Rastatt wurde als Vertreter der städtischen Jugendämter zum stellvertretenden Mitglied des Beirats des Landesjugendamts ernannt.  
Karlsruhe, den 7. Juni 1927.  
Der Minister des Innern  
J. B. Föhrnbach

**Personeller Teil**

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten  
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Ernannt:  
Zum Gendarmerieoberwachmeister der Gendarmerieoberwachmeister Otto Schweizer in Eppelheim, Amt Heidelberg.  
Ministerium des Kultus und Unterrichts  
Planmäßig angestellt:  
Bibliothekar Dr. Elmar Wenda an der Universitätsbibliothek Freiburg.  
In den Ruhestand tritt kraft Gesetzes:  
Oberlaborant Josef Baz am Landesmuseum in Karlsruhe.

**Oeffentliche Sparkasse Eppingen.**

**Bilanz auf 31. Dezember 1926.**

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	2 658.25	1. Spareinlagen	679 237.61
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasseamt	29 150.34	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	31 470.37
3. Wechsel	1 187.70	3. Rücklagen:	
4. Darlehen auf Hypotheken	414 950.—	a) Reservefonds	2 098.64
5. Darlehen auf Schuldschein	243 546.02	b) Aufwertungs-Reservefonds	6 538.87
6. Darlehen an Gemeinden	37 100.—	4. Reingewinn von 1926	10 536.87
7. Einnahmerückstände	5.—		
8. Veräuflichkeiten	1 285.05		
	729 882.36		729 882.36

**Berechnung der Rücklage.**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5%, aus RM 710 707.98 = RM 35 535.40  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 . . . . . RM 2 098.64  
Zuweisung aus dem Reingewinn 1926 . . . . . 5 873.84 = 7 972.48  
Somit fehlender Betrag der Rücklage . . . . . RM 27 562.92  
Eppingen, den 30. April 1927. R. 829

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:  
Wirth. Müller.

**Oeffentliche Sparkasse Merchingen**

**Bilanz auf 31. Dezember 1926.**

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	2 864.87	1. Spareinlagen	143 394.33
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkasseamt	3 643.96	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	4 663.43
3. Wertpapiere	—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Wechsel	—	4. Anleihen- und andere Schulden	56 590.—
5. Darlehen a. Hypotheken	133 189.30	5. Ausgaberrückstände	—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	—	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	91 433.35	a) gesetzl. Reservefonds	6 248.68
8. Darlehen a. Gemeinden	1 590.—	b) Sonderrücklage	—
9. Einnahmerückstände	6 302.—	c) Aufwertungsstock	24 438.21
10. Grundstücke u. Gebäude	1.—	7. Reingewinn vom Jahre 1926	4 112.33
11. Veräuflichkeiten	422.50		
	239 446.98		239 446.98

**Berechnung der Rücklage.**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8%, aus RM 143 394.— Einlagen . . . . . RM 11 471.52  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 . . . . . RM 10 361.01  
Somit weniger . . . . . RM 1 110.51  
Merchingen, den 1. Juni 1927. R. 835

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:  
Gäffner, Bürgermeister. Föhr.

Soeben erschienen:  
**Das Bad. Irrenfürsorgegesetz mit Vollzugsverordnung.**  
Preis RM. 3.50.  
Empfehlungswertes Nachschlagewerk für alle mit der Versorgung Nerven-, Geisteskranker u. Geistes-schwacher befaßten Verwaltungs-, Polizei- und Fürsorgebehörden, Krankenkassen, Krankenhäuser, Rechtsanwälte u. a.  
Macklot'sche Druckerei und Verlag A.-G., Karlsruhe i. B. 6463

**Badische Höhere Techn. Lehranstalt (Staatsstechnikum).**  
Karlsruhe. **Wolfskrasse 9.**  
Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahr sind spätestens bis zum 15. Juli 1927 an die Direktion schriftlich zu richten.  
Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 17., 18. und 19. Oktober 1927 statt.  
Der Unterricht wird Donnerstag, den 20. Oktober 1927, vorm. 10 Uhr eröffnet.  
Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 Pf. zugänglich Porto erhältlich ist.  
Karlsruhe, im Juni 1927. 6. 449  
Die Direktion: gez. Paulsen.

**Verbandsparlasse Überlingen a. See.**  
Die Stelle des Direktors, die durch Übernahme der leitenden Stelle des Direktors der Giro-Zentrale in Freiburg durch den derzeitigen Direktor auf Juli frei wird, ist wieder zu besetzen. Vergütung usw. nach Abereinunft, je nach den Umständen in Gruppe IX oder X. Bewerbungen bis 20. Juni 1927 an den unterzeichneten Vorsitzenden des Verwaltungsrats. Persönliche Vorstellung nur auf Wunsch.  
Überlingen, den 7. Juni 1927. 6. 462  
Der Verwaltungsrat: Dr. Emerich, Bürgermeister.

**Polizeidiener**  
in Gruppe III zu besetzen.  
Bewerber, welche die Polizeischule mit Erfolg besucht oder die vom Ministerium des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder Gendarmerie jurüdergelegt haben, wollen ihre Gesuche unter Anschluß des selbstgeschriebenen Lebenslaufes und von Dienstzeugnissen, sowie eines Lichtbildes bis spätestens 15. d. M. anher einreichen.  
Bad Dürkheim, den 4. Juni 1927.  
Der Bürgermeister: J. B. W. Griebhaber. 6. 457

**Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.**  
In Ansehung der Maul- und Klauenseuche ausgedehnt.  
Sperbezirk ist das verzeuete Gebiet.  
Beobachtungsgebiet ist der übrige Teil der Gemeinde.  
Die Befahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15 km Umkreises.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1927. D-3. 77  
Badisches Bezirksamt. — Abteilung IV.

**Die Sperrung der Viehwegstraße für den Durchgangsverkehr mit Fuhrwerken und Kraftfahrzeugen.**  
Unter Zustimmung des Stadtrats wird nach erfolgter Vollziehbarkeitsklärung des Herrn Landeskommissärs vom 11. Dezember 1926 in Gemäßheit der §§ 366<sup>19</sup> R. Str. G. B. 35 der R. O. vom 6. Juli 1926, 23 Abs. 1 der R. O. vom 5. Dezember 1925 als § 49 a in die Straßenpolizeiordnung vom 16. Januar 1923 eingefügt:  
Die Viehwegstraße ist für den Durchgangsverkehr mit Fuhrwerken u. Kraftfahrzeugen (§ 1 Abs. 1 der Str. G. O. vom 6. Juli 1926) gesperrt.  
Karlsruhe, den 7. Juni 1927. D-3. 76  
Bezirksamt — Polizeidirektion.

**Papierholz-Verkauf.**  
Staats-Forkamt Freiburg verkauft freihändig 470 Ster entriebenes Papierholz Angebote in Prozenten der F. G. B. auf die ganze Masse erbehen bis einschließlich Freitag, 17. Juni 1927. Auskunft und Besichtigungen durch das Forkamt.  
Durlach. R. 828  
Güterrechtsregister. Eingetragen am 1. Juni 1927. Kramer, Wolf, Kaufmann in Söllingen u. Elsa Vobis geb. Weiermarth. Vertrag vom 20. April 1927. Gütertrennung.  
Amtsgericht.

**Durlach. R. 827**  
Güterrechtsregister. Eingetragen am 2. Juni 1927. Schifferer, Wilhelm, Oberlehrer a. D. u. Emma Luise geb. Ruhnag in Bergshausen. Durch Vertrag vom 18. Mai 1927 ist der Ehevertrag vom 13. Dezember 1905 aufgehoben u. Gütertrennung vereinbart.  
Amtsgericht.

**Badisches Landestheater**  
Freitag, den 10. Juni 1927  
\* A 27 (nicht Freitagmiete)  
**Coeur-Dame**  
von Hugo Möhr  
Musikalische Leitung: Josef Kreis  
In Szene gesetzt von Otto Krauß  
Fürst Fürstin Graf Kammerfrau Kavaller Lakai  
Barth Blättermann Rentwig Banla Kolnbach Lindemann

**Leser Bücher Wissen und Macht!**  
Hierauf **Frauentitt**  
von Hugo Möhr  
Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll  
In Szene gesetzt von Hellmut Grohe  
Gräfin Major Hofemudel Rindgen Lampert Dunkel Biele  
Anfang 7 1/2 Ende 10 1/2  
I. Sperrsch. R. 7.—  
So. 12. Juni: **Aberfahrt.**  
Abds.: **Wald. Im Konzecht:**  
Wein Betler Enard.